



Vorberatende Kommission

Protokoll

Sitzung	Vorberatende Kommission 38.21.01 «Kantonsratsbeschluss über die Förderbeiträge an die Vereinigung der Gemeinden Oberhelfenschwil, Neckertal und Hemberg zur Gemeinde Neckertal» / 22.21.12 «III. Nachtrag zum Gemeindegesetz»	Sandra Brühwiler-Stefanovic Geschäftsführerin Parlamentsdienste Regierungsgebäude 9001 St.Gallen T +41 58 229 04 91 Sandra.Bruehwiler-Stefanovic@sg.ch
Termin	Freitag, 5. November 2021 08.30 bis 11.10 Uhr	
Ort	St.Gallen, Regierungsgebäude, Kantonsratssaal	

St.Gallen, 12. November 2021

Kommissionspräsident

Thomas Toldo-Sevelen

Teilnehmende

Kommissionsmitglieder

SVP	René Bühler-Schmerikon, Betriebsleiter
SVP	Hedy Fürer-Rapperswil-Jona, Bäuerin
SVP	Mirco Gerig-Mosnang, Treuhänder
SVP	Christian Spoerlé-Ebnat-Kappel, ehem. Gemeindepräsident
SVP	Linus Thalmann-Kirchberg, Gastrounternehmer
Die Mitte-EVP	Cornel Aerne-Eschenbach, Gemeindepräsident
Die Mitte-EVP	Andreas Broger-Altstätten, Fachkader Sachschaden Haftpflicht & Bau
Die Mitte-EVP	Adrian Gmür-Bütschwil-Ganterschwil, Rechtsanwalt
Die Mitte-EVP	Heidi Romer-Jud-Benken, Gemeindepräsidentin
FDP	Andrea Abderhalden-Nessler, Geschäftsführerin
FDP	Imelda Stadler-Lütisburg, Gemeindepräsidentin
FDP	Thomas Toldo-Sevelen, Unternehmer, <i>Kommissionspräsident</i>
SP	Karin Hasler-Balgach, selbständige Sozialwissenschaftlerin
SP	Christoph Thurnherr-Wattwil, Berufsschullehrer
GRÜNE	Marco Fäh-Neckertal, Leiter Steueramt

Von Seiten des zuständigen Departementes

- Regierungsrätin Laura Bucher, Vorsteherin Departement des Innern
- Generalsekretär Davide Scruzzi, Departement des Innern
- Alexander Gulde, Leiter Amt für Gemeinden und Bürgerrecht, Departement des Innern
- Mario Gemperle, Leiter Support Amt für Gemeinden und Bürgerrecht

Weitere Teilnehmende¹ (für Traktanden 1 bis 2.1)

- Vreni Wild, Gemeindepräsidentin Neckertal
- Toni Hässig, Gemeindepräsident Oberhelfenschwil
- Christian Gertsch, Gemeindepräsident Hemberg

Geschäftsführung / Protokoll

- Sandra Brühwiler-Stefanovic, Geschäftsführerin, Parlamentsdienste
- Aline Tobler, Stv. Geschäftsführerin, Parlamentsdienste

Bemerkungen

Für die Kommissionsmitglieder sind die Sitzungsunterlagen in der Sitzungsapp² zu finden. Erlasse sind in elektronischer Form der Gesetzessammlung des Kantons St.Gallen³ sowie der systematischen Rechtssammlung des Bundes⁴ zu entnehmen.

Inhaltsverzeichnis

1	Begrüssung und Information	4
2	Einführung und Vorstellung der Vorlage	5
2.1	Gastreferat «Der Weg zur Gemeindevereinigung» – aus Sicht der beteiligten Gemeinden	5
2.2	Inhalt gemäss Botschaft	11
3	Allgemeine Diskussion	14
4	Spezialdiskussion 38.21.01	16
4.1	Beratung Botschaft	16
4.2	Beratung Beschluss	16
4.3	Aufträge	16
4.4	Rückkommen	16
4.5	Gesamtabstimmung	17
5	Spezialdiskussion 22.21.12	17
5.1	Beratung Botschaft	17
5.2	Beratung Entwurf	17

¹ Nach Art. 52 Abs. 2 Satz 1 GeschKR bezeichnet die Kommission den Beizug von Sachverständigen und Interessenvertretern. Ist ein Mitglied der Kommission mit dem Vorschlag nicht einverstanden, meldet es dies nach Erhalt der Einladung der Kommissionspräsidentin oder dem Kommissionspräsidenten.

² <https://sitzen.sg.ch/kr>

³ <https://www.gesetzessammlung.sg.ch>

⁴ <https://www.admin.ch>

5.3	Aufträge	17
5.4	Rückkommen	17
5.5	Gesamtabstimmung	17
6	Abschluss der Sitzung	17
6.1	Bestimmung der Berichterstatterin/des Berichterstatters	17
6.2	Medienorientierung	18
6.3	Verschiedenes	18

1 Begrüssung und Information

Toldo-Sevelen, Präsident der vorberatenden Kommission, begrüsst die Mitglieder der vorberatenden Kommission und folgende Personen:

- Regierungsrätin Laura Bucher, Vorsteherin Departement des Innern;
- Generalsekretär Davide Scruzzi, Departement des Innern;
- Alexander Gulde, Leiter Amt für Gemeinden und Bürgerrecht, Departement des Innern;
- Mario Gemperle, Leiter Support Amt für Gemeinden und Bürgerrecht, Departement des Innern;
- Vreni Wild, Gemeindepräsidentin Neckertal (*für Traktanden 1 bis 2.1*);
- Toni Hässig, Gemeindepräsident Oberhelfenschwil (*für Traktanden 1 bis 2.1*);
- Christian Gertsch, Gemeindepräsident Hemberg (*für Traktanden 1 bis 2.1*);
- Sandra Brühwiler-Stefanovic, Geschäftsführerin, Parlamentsdienste;
- Aline Tobler, Stv. Geschäftsführerin, Parlamentsdienste.

Seit der Kommissionsbestellung in der Septembersession nahm die Kantonsratspräsidentin keine Ersatzwahlen in die vorberatende Kommission vor.

Für die heutige Sitzung hat sich niemand entschuldigt. Ich stelle fest, dass die vorberatende Kommission beratungsfähig ist.

Wir behandeln Botschaft und Entwurf der Regierung «Kantonsratsbeschluss über die Förderbeiträge an die Vereinigung der Gemeinden Oberhelfenschwil, Neckertal und Hemberg zur Gemeinde Neckertal» vom 17. August 2021 sowie Botschaft und Entwurf der Regierung «III. Nachtrag zum Gemeindegesetz» vom 17. August 2021. Der vorberatenden Kommission wurden keine zusätzlichen Unterlagen nach Einladungsversand verteilt bzw. zugestellt.

Ich weise darauf hin, dass die Beratung elektronisch aufgezeichnet wird, was der Geschäftsführung die Fertigstellung des Protokolls erleichtert. Deshalb bitte ich Sie, nur zu sprechen, wenn ich Ihnen mit Ihrem politischen Namen das Wort erteile. Die Geschäftsführung dankt für die Abgabe der Manuskripte insbesondere zur allgemeinen Diskussion. Für das Protokoll gilt das gesprochene Wort. Eine weitere Information, vor allem als Hinweis für die Mitglieder, die zum ersten Mal in einer vorberatenden Kommission mitwirken: Sowohl die Kommissionsberatungen nach Art. 59 des Geschäftsreglements des Kantonsrates (sGS 131.11; abgekürzt GeschKR) als auch das Kommissionsprotokoll nach Art. 67 GeschKR sind vertraulich. Erst mit der Rechtsgültigkeit rechtsetzender Erlasse, nach Ablauf der Referendumsfrist, entfällt die Vertraulichkeit.

Zu Beginn wird die vorberatende Kommission eine Einführung in die Vorlage durch unsere Gastreferenten sowie die zuständige Regierungsrätin erhalten, danach führt sie eine allgemeine Diskussion anstelle einer Eintretensdiskussion über die Vorlage. Anschliessend führt die vorberatende Kommission die Spezialdiskussion sowie die Gesamtabstimmung durch. Die weiteren Teilnehmenden verlassen die Sitzung vor Beginn der allgemeinen Diskussion. Fragen sind deshalb direkt im Anschluss an die Referate zu stellen.

Der Kommissionspräsident schliesst die Einführung mit einigen administrativen Hinweisen.

2 Einführung und Vorstellung der Vorlage

2.1 Gastreferat «Der Weg zur Gemeindevereinigung» – aus Sicht der beteiligten Gemeinden

Vreni Wild: Ausführungen gemäss Präsentation Gemeindepräsidien, Folien 1-3, 7-8, 12-14; 28-31 (vgl. Beilage 3).

Toni Hässig: Ausführungen gemäss Präsentation Gemeindepräsidien, Folien 4-6; 18-20; 23-25 (vgl. Beilage 3).

Christian Gertsch: Ausführungen gemäss Präsentation Gemeindepräsidien, Folien 9-11; 15-17; 21-22; 26-27 (vgl. Beilage 3).

Fragen

Thalmann-Kirchberg: Ich war schon Kommissionsmitglied in der ersten Phase im Jahr 2008, als die Gemeindefusionen angestanden sind. Man ist dieser Sache noch sehr kritisch gegenübergestanden. Ich habe vorhin das Protokoll überflogen von dieser Kommissionssitzung und ich darf sagen, es ist eine Erfolgsgeschichte, wenn man das so mitverfolgen durfte. Wir hatten eine Aussage in die Richtung: «Dieser Unterstützungsbeitrag, welcher damals bezahlt wurde, werde ein Tropfen auf dem heissen Stein sein.» Die Gemeinde sei herausgefordert, das Sparpotenzial, welches damals in der vorberatenden Kommission aufgezeigt wurde, effektiv umzusetzen und es wurde dann alles positiv umgesetzt. Der aktuelle Gemeindesteuerfuss liegt bei 132 Prozent und Sie sprechen von weiteren 10 Prozent Steuersenkungen. Damals war Neckertal noch im Sonderausgleich, weil der Steuerfuss bei 162 Prozent lag. Man musste der Gemeinde Sonderentlastungen gewähren, damit der Steuerfuss nicht noch höher ausfällt.

Wurde die Gemeindeordnung innerhalb des Gemeinderates bereits verabschiedet? Was haben Sie in der Gemeindeordnung angedacht, wie sich der Gemeinderat organisiert? Wie möchten Sie die Schule organisieren? Arbeiten Sie mit einer Schulkommission? Es hat zwar hier keinen Einfluss, würde aber mein Bild etwas mehr abschliessen, wie Sie diese Gemeinde mit dieser Fläche und Grösse in Zukunft organisieren möchten.

Vreni Wild: Ich war damals auch dabei und habe diese kritischen Stimmen damals entgegengenommen. Wir hatten damals einen Steuerfuss von 150 Prozent vorgehabt, sind aber dann schlagartig auf 142 Prozent herunter, weil wir gemerkt haben, dass wir relativ schnell ein gewisses Optimierungspotenzial haben. Wir konnten diesen Steuerfuss halten und wie man sieht, konnten wir ihn auch senken.

Klar dürfen wir etwas zu der Gemeindeordnung sagen. Sie geht im Februar an die konstituierende Bürgerversammlung. Wir werden weiterhin einen Gemeinderat mit sieben Mitgliedern haben; das Schulpräsidium wird einen Platz davon einnehmen. Das wird ein Stellenprozent von 30 – 40 Prozent sein. Wir sehen eine Gesamtschulleitung vor, d.h. wir suchen jetzt eine Person – die Stellenausschreibung läuft bereits –, welche die operative Führung der einzelnen Schulkörper übernimmt. Die Schulkommission wird vom Gemeinderat gewählt, sie deckt den strategischen Teil ab. Wir sehen keinen gewählten Schulrat vor. Wir haben eine Schulkommission, welche nicht vom Bürger gewählt ist, sondern vom Gemeinderat. Die Schulpräsidentin oder der Schulpräsident ist im Gemeinderat. Die

Schulkommission steht der Gesamtschulleitung vor. Für uns ist das eine gewisse Absicherung; wenn der Gemeinderat die Schulkommission wählen kann, dann ist auch eher gewährleistet, dass die einzelnen Dörfer und Schulstandorte auch vertreten sind. Wir haben in den Schulkommissionen Personen aus den einzelnen Dörfern. Wir haben die Möglichkeit, diese vom Gemeinderat auszuwählen. Wir haben das Gefühl, dass das die beste Organisation ist, welche wir so aufbauen können. Wir haben zu diesem Thema im Vorfeld eine externe Begleitung beigezogen. Das ist in der Regel eine sehr emotionelle Sache. Ich glaube, wir haben das sehr gut aufgegleist, auch im Umsetzungsprozess. Die Schulleiter und die Lehrer werden miteinbezogen. Wir haben im Herbst eine Budgetversammlung und die ordentliche Bürgerversammlung im Frühling. Das andere ist, wie bei den anderen Gemeinden auch.

Hasler-Balgach: Ich finde es ein sehr interessantes Projekt. Strukturell gesehen, ist für mich der Fall klar, dass die «Hardware» vereinheitlicht werden muss. Mich interessiert die «Software». Sie haben ausgeführt, die politische Gemeinde ist nicht gleich Dorf – unabhängig von der in Diskussion stehenden Vorlage. Wie kann man sich das als aussenstehende Person vorstellen? Können Sie hierzu etwas erzählen über den Zusammenhalt im Dorf, das Angebot der Kinderbetreuung, die Frühförderung, etc.? Wie sieht die Ortsgemeinde aus oder die Bevölkerungsentwicklung?

Christian Gertsch zum Dorf Hemberg: Das kulturelle und dörfliche Leben ist bei uns sehr lebendig und wird auch so erhalten bleiben. Wir haben Dorfvereine, welche für die Aktivitäten schauen, das bleibt nach wie vor. Wir haben Konzerte auf dem Hemberg, zwei Jodelchörli und eine traditionelle Musikgesellschaft. Wir sind zwischen Toggenburg und Appenzellerland, zwischen deren Schnittstelle im bäuerlichen Leben. Das wird nach wie vor sehr hoch gelebt und wird auch die Fusion überleben, da bin ich überzeugt. Die Identität vom Dorf Hemberg wird auch bleiben. Der andere Aspekt ist, dass wir auch merken, dass wir beim Organisieren gewisser Dinge, wie der ausserschulischen Kinderbetreuung, an die Grenzen kommen. Wir sehen eine Chance, dies gemeinsam zu machen, dass das Potenzial viel grösser ist, um andere Strukturen gemeinsam finanzieren zu können und dann aufrecht zu erhalten. Als einzelnes Dorf haben wir da keine Chance, das ist eine zu kleine Mengengrösse, um irgendwo was Schlaues zu machen. Im Moment stecken wir in sehr vielen individuellen Lösungen. Wenn wir dies besser und professioneller aufgleisen können, sind wir natürlich sehr dankbar. Gewisse Sachen werden der Schulgemeinde respektive der Schulorganisation angehängt, weil die dann in der Einheitsgemeinde sind, was dann auch besser organisiert wird. Da schauen wir, dass wir die Aufgaben gut auf die zukünftigen Player verteilen können.

Vreni Wild: Ortsgemeinden gibt es noch zwei: die Ortsgemeinde Neckertal-St. Peterzell und die Ortsgemeinde Neckertal-Brunnadern.

Wir nutzen diese Gelegenheit mit dem Zusammenschluss der Schulen. Wir haben die IT-Bildungsoffensive versucht, umzusetzen. Die Schulen haben damit begonnen und geschaut, was man machen kann. Wir haben gemerkt, dass es nicht funktioniert, wenn man dies nun einfach irgendwie zusammensetzen möchte, sondern wir machen jetzt von Grund auf ein sauberes Konzept über alle Schulhäuser, d.h. wir können in einem grösseren Verbund etwas Sinnvolles machen und diese Chance haben wir jetzt. Es gibt keinen Flickenteppich. Das ist auch im Schulbereich eine grosse Chance, welche wir nutzen –

auch für unsere Schülerinnen und Schüler. In der Frühförderung haben wir verschiedene Angebote, welche wir selbstverständlich auch auf die anderen Dörfer erweitern.

Gmür-Bütschwil-Ganterschwil: Ich weiss aus eigener Erfahrung, dass die Fusion erst so richtig beginnt, wenn der Beschluss gefasst ist, weil dann geht es richtig an das lebende Zusammenführen der verschiedenen Kulturen, welche es in den verschiedenen Gemeinden – sowohl in den Räten als auch in der Bevölkerung – gibt. Im Zusammenhang mit der Umsetzung gibt es sicher noch gewisse Strukturbereinigungen zu machen. Bei den Schulgemeinden habe ich gesehen, dass es auch eine Überlappung mit dem Kanton Appenzell Ausserrhoden im Schöngengrund gibt. Wie ist das angedacht? Wird diese dort abgehängt oder bleibt das überkantonal? Ich weiss, dass im Neckertal die Strukturen bei den Dorfkorporationen relativ kompliziert sind. Ich sehe schon, es verwerfen alle die Hände. Wenn ich es richtig im Kopf habe, sind es zehn überlappende Korporationen usw., jeder hat noch sein «Wässerli» usw. Ist da auch noch etwas angedacht? Ich habe hierzu nichts gelesen.

Vreni Wild: Es betrifft vor allem die Gemeinde Neckertal. Zum Zweckverband Ausserrhoden: Wir haben einen Staatsvertrag mit Appenzell Ausserrhoden für die gemeinsame Führung dieser Schule über die Kantonsgrenze hinweg. Die Primarschule wird in Schöngengrund geführt. Die Schülerinnen und Schüler vom St.Galler Teil besuchen auch dort die Schule, dafür gehen alle von Schöngengrund vom Appenzellischen Teil in die Oberstufe nach St.Peterzell. Das ist der Inhalt des Vertrages und ich denke, das wird sich nicht gross ändern. Der Vertragspartner wird ein anderer sein. Wir überprüfen das gerade. Das war schon ein Thema, als man die Schulgemeinde zusammengelegt hat. Im oberen Neckertal funktioniert das noch. Wenn es anschliessend nur noch eine Schulgemeinde ist und nicht mehr der Zweckverband mit Schöngengrund und St.Peterzell, sollte das auch funktionieren.

Zu den Korporationen: Wir arbeiten ununterbrochen daran. Ich habe bereits mindestens drei Grossversammlungen mit den verschiedenen Korporationen durchgeführt. Schritt für Schritt geht es weiter. Wir haben jetzt zum Beispiel eine Wasserkorporation Neckertal. Diese hat sich bereits aus verschiedenen kleineren Korporationen entwickelt und es hat sich eine Grössere daraus ergeben. Der letzte Zug war, dass die Wasserkorporation Oberhelfenschwil dazu kommt. Es weitet sich aus. Ich glaube auch, dass die Korporationen immer weniger Leute für die Ämter finden. Es sind im Grund auch Gemeinden, welche gewisse Qualitätsansprüche in der Organisation erfüllen müssen. Wir versuchen immer wieder, das zum Thema zu machen und schauen, dass es weitergeht. Über die Gemeindefusion hinaus haben wir keine Möglichkeit, hier Druck aufzusetzen. Das sind eigenständige Korporationen.

Aerne-Eschenbach: Ich komme aus einer Fusionsgemeinde, welche ich seit Jahren mitverfolgt und geprägt habe und darf heute dieser vorstehen. Deshalb ist mir das Thema sehr nahe und völlig nachvollziehbar. Ich habe in den Unterlagen nichts dazu gefunden: Als Sie im Jahr 2009 fusioniert haben, nehme ich an, haben Sie Entschuldungs- und Förderbeiträge bezogen. Inwieweit sind diese in diesen Überlegungen und Berechnungen eingeflossen? Diese Frage geht vielleicht auch an das Departement des Innern. Ich habe nichts zu diesen Beträgen gefunden und ich habe nachgeschaut. Man hat damals Beiträge gesprochen für die damalige Gemeinde und jetzt bezieht man eigentlich wieder. Es geht mir um die doppelte Zahlung. Wie weit ist diese eingeflossen?

Vreni Wild: Diese Beiträge haben wir für die Entschuldung genutzt; den grösseren Teil hat die damalige Gemeinde Brunnadern erhalten. Wir haben den Staatsbeitrag ebenfalls genutzt, um wirklich die Effizienz und die Optimierung zu erhöhen. Darum konnten wir den Steuerfuss senken. Den derzeit vorgesehenen Entschuldungsbeitrag haben wir in erster Linie wegen der Schulen. Damals haben wir nur drei politische Gemeinden zusammengelegt. Mit Blick auf die politischen Gemeinden hatten alle drei eher Vermögen als Schulden. Aber die Schulen haben in der letzten Zeit grosse Investitionen getätigt; die Mehrzweckhallen waren alle zu sanieren, die Schulhäuser wurden saniert. Deshalb stammt der grössere Teil, der den Entschuldungsbeitrag ausmacht, von den Schulen. Ich weiss nicht, ob man das vergleichen kann.

Man kann nicht sagen, dass das Geld von letzten Mal versickert ist. Vom fusionsbedingten Mehraufwand, der uns damals zugesprochen wurde, haben wir zwei Millionen Franken nicht bezogen, weil wir diese nicht benötigt haben. Man kann es nicht 1:1 vergleichen. Jetzt betrifft es die Schulen. Es ist uns auch ein Anliegen, dass wir jetzt eine Einheitsgemeinde bilden und darum braucht es das Geld auch für die Entschuldung der Schulgemeinden. Allenfalls kann Mario Gemperle noch etwas dazu sagen. Die Zahlen werden noch in der zweiten Runde genauer angeschaut.

Stadler-Lütisburg mit einer Anschlussfrage zur Frage von Thalmann-Kirchberg: Mich interessieren die Gründe, wieso der Gemeinderat die Schulkommissionsmitglieder wählt und nicht das Volk? Gibt es fachliche Gründe?

Christian Gertsch: Es war eine sehr emotionale und intensive Frage, die wir mit den Beteiligten dieser Reorganisation hatten. Wir haben gemerkt, dass es eigentlich zwei Gründe gibt. Auf der einen Seite ist es tatsächlich der fachliche Aspekt. Wir können vom Gemeinderat aus ein Fachgremium zusammenstellen, dass tatsächlich die strategische Führung dieser Schule wahren kann, zusammen mit der Schulleitung. Damit liegt der Fokus mehr auf diesem Fachgremium als auf einem politischen Gremium, denn die politischen Entschiede müssen anschliessend im Gemeinderat gefällt werden. Wir hätten sonst dort bereits ein Abgrenzungsproblem. Das andere ist, dass wir das auch der Geografie etwas schulden, wie Vreni Wild bereits in der Präsentation erwähnt hat. Wir könnten so eher noch die verschiedenen bisherigen Schulgemeinden bzw. Schulhäuser mitberücksichtigen, die jetzt in der ersten Phase der Fusion auch fachlich Input geben können. Vielleicht sollte es zweistufig gesehen werden: Am Anfang hat man immer noch seine eigene Gemeinde oder das eigene Schulhaus im Hinterkopf und merkt im weiteren Prozess plötzlich, dass wir jetzt die Gemeinde Neckertal sind und immer mehr zusammenkommen. Das soll der Fokus dieser Kommission und des gesamten Gemeinderates sein.

Broger-Altstätten: Als Mitglied des Stadtrates von Altstätten kann ich sagen, dass Altstätten mit vier eigenen Schulgemeinden und mit der Beteiligung an drei Schulgemeinden weit weg von einer Fusion – geschweige denn von einer Gemeindefusion – ist. Darum habe ich diesen Prozess mit Spannung verfolgt. Rein aus Interesse: Es fusionieren drei Gemeinden – Oberhelfenschwil, Neckertal und Hemberg – und die neue Gemeinde heisst Neckertal. Mich würde interessieren, warum die neue Gemeinde gerade Neckertal heisst? War Vreni Wild einfach die Stärkste? Das ist mir noch nicht klar, wie dieser Name entstanden ist oder wer sich hier wie durchgesetzt hat.

Toni Hässig: Vreni ist schon stark, aber alles bestimmen kann sie auch nicht. Wir haben natürlich intensiv über den Gemeindennamen diskutiert, aber es fiel relativ schnell der Entscheidung, dass das Wort «Necker» irgendwie enthalten sein muss. Wenn man die geographische Karte angeschaut hat, fliesst der Fluss Necker mitten durch dieses Gebilde hindurch. Alle drei Gemeinden brauchten einen gemeinsamen Bezug, der für alle stimmt. Am Anfang haben wir festgelegt, dass der neue Name aus nur einem Wort bestehen soll. Andere Gemeinden haben es anders geregelt bei der Fusion – wir haben Vertreter dieser Gemeinden heute hier –, Bütschwil-Ganterschwil oder Wildhaus-Alt. St.Johann sind in einer Email-Adresse nicht immer einfach zu schreiben. Wir sagten, wir wollen nur einen Namen und dieser muss etwas Verbindendes haben. Der Necker als Fluss ist tatsächlich verbindend und betrifft direkt alle. Es brauchte überhaupt keine Überwindung, dass wir der jetzigen Gemeinde Neckertal zugestanden haben, diesen Namen weiterzuführen. Dafür gibt es ein neues Wappen und ein neues Erscheinungsbild. Auch als wir das publiziert haben, war das logisch und nicht umstritten.

Vreni Wild: Ergänzend ist zu sagen, dass wir bereits im Jahr 2001 das erste Mal über eine Gemeindefusion aller fünf Gemeinden geredet haben. Dort wurde der Prozess gestartet, weil wir das Gefühl hatten, dass wir diese Gemeinden im Neckertal zusammenbringen möchten. Wir hatten schon immer eine gute Zusammenarbeit. Im Jahr 1999 hatten wir zur Jahrtausendwende einen Grossanlass und ein Projekt aus diesem Grossanlass war, dass wir über eine Verstärkung der Zusammenarbeit bis hin zur Fusion hinarbeiten. Dann haben wir zu fünft angefangen, in verschiedenen Arbeitsgruppen daran gearbeitet und letztendlich haben die drei Gemeinden Brunnadern, Mogelsberg und St.Peterzell gesagt, sie würden fusionieren. Hemberg und Oberhelfenschwil haben zum damaligen Zeitpunkt gesagt, dass sei noch kein Thema für sie, aber sie würden dafür offenbleiben. Wir haben damals keinen Gemeindennamen übernommen, sondern Neckertal war auch ein übergeordneter Name – das Dorf Neckertal gibt es nirgends. Darum ist es auch jetzt für niemanden störend, wenn keiner der anderen Gemeindennamen enthalten ist. Das heisst, es war damals schon klar, dass Neckertal eine Region ist. Es gibt übrigens auch noch alte Gerichtskreise von über hundert Jahren, wo Neckertal ebenfalls in verschiedensten Zusammensetzungen bereits existierte. Daher wäre es auch geschichtlich noch irgendwie belegbar.

Thurnherr-Wattwil: Als ehemaliger Einwohner von Oberhelfenschwil habe ich diesen Prozess mitbekommen und diese positive Stimmung. Es wurde hier sicher gute Arbeit geleistet und die drei verstehen sich sehr gut. Ich möchte noch zu einem negativen Thema kommen, dem Auszonen im Toggenburg, welches viele Gemeinden betrifft. Gibt es hier neue Optionen? Haben sich durch diese Fusion neue Perspektiven ergeben oder bleibt alles beim Alten?

Toni Hässig: Wir sind tatsächlich alle drei Auszonungsgemeinden. Das bringt relativ viele Probleme mit sich, aber wir haben das nicht freiwillig gewählt, sondern mit der Abstimmung zum Raumplanungsgesetz (SR 700; abgekürzt RPG) diese Aufgabe mit auf den Weg bekommen. Wir sind intensiv daran und haben Mühe, den Auftrag zu erfüllen und hatten diverse Gespräche beim Amt für Raumentwicklung und Geoinformation (abgekürzt AREG). Wir haben auch etwas darauf spekuliert, dass wir dann allenfalls etwas besser wegkommen würden als zurzeit, wenn wir fusionieren. Die Aussage ist aber klar, die Gemeinden im bisherigen Bestand müssen den Auszonungsprozess so erfüllen, wie ihre Gebietsverhältnisse Stand heute sind und nicht so, wie es nachher als Gemeinde Neckertal

sein wird. Jede Gemeinde muss also die Flächen auszonieren, die sie mit auf den Weg bekommen hat, unabhängig davon, ob sie anschliessend zusammengehören oder nicht. Wir haben also keinen Vorteil im Raumplanungsprozess aufgrund der Fusion.

Fäh-Neckertal: Die Verbindung mit dem öffentlichen Verkehr (nachfolgend öV) ist zwischen diesen Gemeinden nicht gerade optimal. Wenn ich nach Hemberg zum Langlaufen will, geht das gar nicht. Nach Hemberg fährt man über Wattwil. Was ist hier angedacht? Auch, weil das Gemeindehaus nachher in Mogelsberg steht.

Christian Gertsch: Das ist tatsächlich eine Herausforderung. Man sieht auch geografisch, es sind zwölf Dörfer und sechs verschiedene Weiler, die das Gemeindegebiet umfassen. Andere Gemeinden in dieser Flächenordnung haben eher ein grosses, starkes Zentrum und dafür viel unbewohntes Gebiet. Bei uns ist das anders. Alles ist wirklich mit Streusiedlungen bewohnt, was wiederum raumplanerisch sowie für die Erschliessung all dieser Weiler und Dörfer eine Herausforderung ist. Wir versuchen in Hemberg seit einigen Jahren, verkehrstechnisch Lösungen zu finden. Das ist nicht einfach, weil auch alles relativ teuer ist, bspw. der Nachtbus usw., der hier erschliessen könnte. Wir sind froh, dass wir jetzt dann zwei Bahnhöfe haben, aber eben, wie wir dann zu diesen Bahnhöfen kommen, ist wieder die andere Herausforderung.

Ich glaube, hier werden wir nach der Fusion gemeinsam gute Lösungen finden müssen, vielleicht mit einem Rufbus oder wir stellen ein völlig neues Konzept auf. Zurzeit verfügt die Gemeinde Neckertal über den Sponti-Car. Hier müssen wir versuchen, neue Wege zu gehen, um diese Erschliessung besser zu bewerkstelligen. Es ist klar, dass wir einen hohen Anteil an privatem Verkehr haben, aber wir haben auch einen sehr hohen Anteil – gerade in Hemberg – an Freizeit- und Töffverkehr. Am Wochenende ist Hemberg verkehrstechnisch viel dichter befahren als unter der Woche, das ist normalerweise umgekehrt. Das sind Herausforderungen, die wir in dieser ganzen Planung berücksichtigen müssen, aber Lösungen können wir im Moment nicht direkt präsentieren. Aber das Thema ist im Fusionsprozess lanciert.

Toni Hässig: Wenn wir diese Dörfer mit öV verbinden wollen, braucht es neue Angebote, die es heute noch gar nicht gibt. Wenn man das mit dem öV, wie er jetzt ist, machen würde, würden wir für das Angebot allenfalls die Auslastung nicht erreichen und wenn wir das nicht hinbringen, wird uns der Kurs nicht zugesprochen bzw. wenn wir es trotzdem wollen, müssen wir alles selber bezahlen. Dazu sind wir nicht in der Lage; wir können nicht selber Postautos anschaffen und Schienenverbindungen in diese Dörfer hinaus funktionieren nun einmal nicht. Früher hat man das noch ab und zu gemacht, vom Bodensee in die Hügel hinauf, aber bei uns geht das nicht. Ich glaube auch, dass die ökologische Entwicklung und die ganze CO₂-Diskussion zur Schaffung neuer Angebote führen wird, die es uns auch ermöglichen werden, den Bürgerinnen und Bürgern einen besseren Service zu bieten. Auch wenn es nur darum geht, dass sie ins Gemeindehaus nach Mogelsberg gehen können.

Gerig-Mosnang: Es wurde bereits teilweise erwähnt, dass der Konstituierungsrat nun bereits die Arbeit aufgenommen hat. Sie haben auch die Gemeinderatsgrösse und die Schulkommission festgelegt. Welche wegweisenden Entscheidungen hat der Konstituierungsrat jetzt bereits getroffen? Sieht man hier schon etwas vor – nebst der Gemeindeordnung, die hier bereits angesprochen wurde?

Christian Gertsch: Die ganze Gemeindeorganisation ist bereits am Laufen. Wir können nicht warten, bis der neue Gemeinderat eingesetzt wird, sondern wir müssen jetzt schon die Weichen stellen. So können wir diesen 120 Mitarbeitenden, die am Schluss in dieser Einheitsgemeinde arbeiten werden, eine Perspektive geben, damit sie auch eine Zukunft sehen und nicht abspringen. Sonst würden sie, wenn sie jetzt keine Perspektive hätten und nicht wissen würden, wo ihr Platz sein wird, abspringen und eine neue Stelle suchen. Das würde das Ganze nochmals völlig durcheinanderbringen. Hier sind wir personell schon in der Vorbereitung, aber es gibt Entscheidungen zum Erscheinungsbild etc., die gerade vorbereitet werden. Wir wollen auch der Bevölkerung zeigen, dass wir unterwegs sind und das Ziel ist es, ab dem 1. Januar 2023 als funktionierende Gemeinde zu starten. Das braucht viele Kleinentscheide und Personalentscheide, die derzeit erledigt werden.

Gerig-Mosnang: Diese Personalentscheide werden jetzt bereits teilweise getroffen und die drei Verwaltungen werden zusammengeführt. Gibt es hier Personalfluktuationen? In der Wirtschaft spricht man immer von Entlassungen, wenn fusioniert wird. Wie sieht es hier aus?

Christian Gertsch: Nein, es ist bereits ganz klar, dass alle bisherigen Mitarbeitenden, die wollen, in der neuen Verwaltung Platz haben werden. Es ist aber so, dass gewisse Mitarbeitende sowieso in die Pension gehen und dadurch gibt es eine natürliche Fluktuation, die wir gar nicht entschieden haben. Wir können schon jetzt den Stellenplan nicht vollständig mit den bisherigen Mitarbeitenden füllen. Wir befinden uns in einem sozialvertraglichen Prozess, damit alle Mitarbeiter nach ihren Fähigkeiten, Eignungen und Wünschen in der neuen Verwaltung berücksichtigt werden können. Es gibt keine komischen Abgänge.

Die Vertreterin und Vertreter der drei Gemeinden verlassen die Sitzung um 9.45 Uhr.

Pause von 9.45 bis 10.00 Uhr.

2.2 Inhalt gemäss Botschaft

Regierungsrätin Bucher: Ausführungen gemäss Präsentation DI, Folien 1-4 (vgl. Beilage 2 und 4).

Alexander Gulde: Ausführungen gemäss Präsentation DI, Folien 5-7 (vgl. Beilage 2).

Mario Gemperle: Ausführungen gemäss Präsentation DI, Folien 8-12 (vgl. Beilage 2).

Alexander Gulde: Ausführungen gemäss Präsentation DI, Folien 13-14 (vgl. Beilage 2).

Fragen

Broger-Altstätten: Ich habe zwei Verständnisfragen. Zum einen geht es um den zeitlichen Ablauf. Wir besprechen heute an und für sich einen Beitrag des Kantons an die Gemeindevereinigung, den dann das Parlament noch absegnen sollte. Parallel dazu hat die Bürgerschaft dem bereits zugestimmt. Ich gehe davon aus, die Bürgerschaft hat dem auch aufgrund dieser Beträge zugestimmt. Ich frage mich, was passiert, wenn man diese Beträge ändert? Nicht, dass ich das vorhätte, aber wie weit kann man dann überhaupt noch auf diese Vereinigung eintreten? Das ist eine reine Verständnisfrage. Die zweite Frage ist: Diese 11,7 Mio. Franken stammen aus dem besonderen Eigenkapital, aus dem wir 30,6 Mio. Franken je Jahr ausgeben dürfen gemäss Kantonsratsbeschluss über die Zuweisung von ausserordentlichen Erträgen an das besondere Eigenkapital (sGS 831.51). Im 2022 kommt das in die Rechnung. Was passiert, wenn wir im Jahr 2022 mehr als diese 30 Mio. Franken ausgeben müssen – gerade in Bezug auf das Thema Corona? Wie geht man dann vor? Das auch zum Verständnis.

Regierungsrätin Bucher: Es ist sicher wichtig, festzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser drei Gemeinden darüber entscheiden, ob ihre Gemeinden fusionieren – und nicht der Kantonsrat. Diesen Entscheid haben die Bürgerinnen und Bürger bereits gefällt, das ist fix. Wir unterstützen jetzt diese Vereinigung mit einem kantonalen Beitrag. Klarerweise ist dieser daran gekoppelt, dass die Vereinigung passiert, aber umgekehrt ist es nicht so, dass die Vereinigung nur erfolgt, wenn dieses Geld kommt. Die Gemeinden würden also ohnehin fusionieren. Dieser Beschluss wurde gefällt und man müsste diesen rückgängig machen, genauso, wie er zu Stande kam, nämlich mit einem Entscheid der Bürgerschaft. Die Regierung hat diese Beiträge beschlossen und in Aussicht gestellt und diese stehen selbstverständlich unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Kantonsrates.

Broger-Altstätten: Die Bürgerschaft hat wahrscheinlich im Wissen, dass dieses Geld kommt, zugestimmt – und wenn es dann nicht so ist? Mir geht es darum, wenn das Geld nicht mehr kommt, ist der Entscheid der Bürgerinnen und Bürger auch nicht mehr der Gleiche.

Regierungsrätin Bucher: Die Bürgerschaft wusste, dass dieser Entscheid nur ein vorläufiger Entscheid ist und dass dieser unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Parlaments steht. Das wussten sie und sie haben sich im Wissen um diese Unsicherheit trotzdem dafür entschieden, dieser Fusion zuzustimmen.

Alexander Gulde: Der Kantonsratsbeschluss über die Zuweisung von ausserordentlichen Erträgen an das besondere Eigenkapital sieht vor, dass man höchstens 30,6 Mio. Franken einsetzen kann. Es gibt jedoch eine Ergänzung, wonach nicht bezogene Beiträge aus vergangenen Jahren nachbezogen werden können. Ich nehme jedoch an, dass dieser Betrag in den letzten Jahren wahrscheinlich stark ausgeschöpft wurde aufgrund der finanziellen Situation und auch im Zusammenhang mit Corona. Wenn kein besonderes Eigenkapital zur Verfügung steht, müssen entsprechende Vorhaben über den Kantonshaushalt finanziert werden.

Davide Scruzzi: Im erwähnten Kantonsratsbeschluss ist in Ziff. 2 Abs. 3 dazu unter anderem festgehalten: «Der Vorbezug von höchstens einer Jahrestanche ist möglich.» Das heisst, man würde dann im Prinzip im Folgejahr nicht mehr so viel ausgeben können.

Grundsätzlich ist es ein Kantonsratsbeschluss, den man, wie man im letzten Jahr aufgrund von Covid-19 gesehen hat, relativ schlank anpassen könnte, wenn Not herrscht und plötzlich aussergewöhnliche Beträge ausbezahlt werden müssten.

Fäh-Neckertal zu den Entschuldungsbeiträgen: Verstehe ich das richtig, dass die Gemeinden auch miteingerechnet wurden, aber, weil diese ein Nettovermögen haben, zahlen wir in diesem Sinne sogar weniger, als wenn nur die Schule selbst miteingerechnet würde?

Mario Gemperle: Das ist korrekt. Die Vermögen bzw. Schulden der politischen Gemeinden und Schulgemeinden wurden konsolidiert. Da die drei politischen Gemeinden jeweils ein Nettovermögen aufweisen, fällt der Entschuldungsbeitrag entsprechend tiefer aus.

Thalmann-Kirchberg: Ich ziehe mir mit meiner Frage nun den Hut des Kantons an und nicht denjenigen des Bürgers. Den Bürgerinnen und Bürgern wird ein Zuckerchen gegeben, indem man sagt, man könne den Steuerfuss dann noch einmal senken. Es sind jetzt rund 130 Prozent und man kündigt schon an, dass man auf rund 122 Prozent hinuntergeht. Auf die Einnahmen beim Kanton hat das keinen Einfluss, das ist der Gemeindesteuerfuss. Aber doch geht man in dieser Fusion auf einen Steuerfuss, der für die Region Toggenburg am unteren Niveau liegt – mit Ausnahme von Lütisburg, die auch nochmals runtergehen wie in den letzten Jahren. Für diese Region ist es jetzt ein tiefer Steuerfuss, natürlich noch lange nicht vergleichbar mit Mörschwil oder Berneck, aber wie sieht die Regierung das? Die Verwaltung kann diese Frage nicht beantworten, es ist eher eine politische Frage. Ich möchte damit nicht zum Ausdruck bringen, dass ich gegen die Fusion bin, aber es ist doch eine schöne Ausgangslage beim Steuerfuss für diese neue Gemeinde.

Regierungsrätin Bucher: Es liegt im ureigenen Interesse der Regierung sowie des Kantons, dass wir starke Gemeinden haben. Mit unseren dezentralen Strukturen und mit der dezentralen Aufgabenerfüllung ist es für den Kanton sehr wichtig, dass die Gemeindestrukturen solide sind und gut funktionieren, dass die Vollzugsaufgaben effizient und auch effektiv vor Ort erfüllt werden können. Darum haben wir ein Interesse daran, dass die Gemeinden ihre Strukturen auch bereinigen, so wie wir es heute gehört haben, dass die Stellvertretungen sichergestellt sind, dass das Know-How in der Gemeinde vorhanden ist, dass sie Fachleute rekrutieren können, die diesen Aufgaben auch gewachsen sind, dass es attraktive Stellen in der Gemeindeverwaltung sind. Das ist für uns für die Zusammenarbeit auf der Verwaltungsebene, aber auch auf der politischen Ebene sehr wichtig und darum sind aus Sicht der Regierung diese Beiträge sicher gut investiert.

Es hat einen Nebeneffekt – dass sagen Sie absolut richtig –, der auch eine gewisse steuerliche Entwicklung in dieser Region möglich macht. Unsere Strategie sieht die steuerliche Entlastung auch vor. Die Attraktivität eines Wohnorts definiert sich aber nicht alleine über den Steuerfuss, sondern auch über attraktive Angebote, die eine Gemeinde bereitstellt. In diesem Sinne bin ich überzeugt, dass dieser Betrag absolut im Interesse des Kantons liegt und natürlich auch für die Gemeinden einen guten Start darstellt, um miteinander in die Zukunft zu gehen.

3 Allgemeine Diskussion

Broger-Altstätten (im Namen der Die Mitte-EVP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Wir behandeln heute die Botschaft über die Vereinigung von drei politischen Gemeinden und drei Schulgemeinden und daraus auch einen Kantonsbeitrag im Sinne eines Förderbeitrags. Der Kanton kann solche Vereinigungen von Gemeinden unterstützen und fördern, wenn die entsprechenden Punkte wie Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit verbessert bzw. daraus entsprechende Ziele verfolgt werden.

In der Botschaft wird genau zu diesen Punkten ausgeführt. Wir haben anschliessend eine Optimierung der Verwaltung, eine Optimierung der Schulen, eine Optimierung in Raumplanung und Verkehr sowie in der regionalen Zusammenarbeit. Das sind alles wichtige und klare Zeichen, die für diese Vereinigung sprechen. Vier Jahre nach Beginn dieses Prozesses «aus sechs mach eins», haben im Juni die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dieser Gemeinden mit einem ganz klaren Zeichen gesagt, dass sie dieser Vereinigung zustimmen. All diese Punkte sind für uns als Die Mitte-EVP-Delegation somit klar, so dass das Geschäft auch für uns unbestritten ist. Die Investition von 11,7 Mio. Franken, wie sie ausgeführt, erläutert und erklärt wurde, ist begründet und nachvollziehbar. Auch dafür bieten wir unsere klare Unterstützung.

Stadler-Lütisburg (im Namen der FDP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Die Botschaft zeigt uns die Gründe für diese Fusion deutlich auf. Wir sind der Meinung, dass es absolut Sinn macht, drei politische Gemeinden und drei Schulgemeinden im selben Tal – dem Neckertal – zu vereinen bzw. die Schulgemeinden zu inkorporieren. Die Gründe sind vielfältig und im Bericht ausgeführt, wie z.B. die Wirtschaftlichkeit, die Leistungsfähigkeit, die Leistungskonzentration und die höhere Effizienz der Leistungserbringer verbessert werden kann. Mit Sicherheit wird es weniger Behördenmitglieder brauchen und somit deutlich weniger Kosten verursachen. Nicht zuletzt wird es durch die Optimierungen in der Verwaltung und natürlich auch durch weniger Gemeindehäuser deutliche Einsparungen geben. Ob es dann tatsächlich 1,7 Mio. Franken sind, wird sich weisen. Das primäre Ziel, die Stabilisierung oder sogar ein leichtes Wachstum der Einwohnerzahl, wage ich persönlich zu bezweifeln. Gerne äussern wir uns wieder bei einzelnen Abschnitten sofern nötig.

Eine kleine Randbemerkung: Lütisburg hat einen Steuerfuss von 115 Prozent und dies aus eigener Kraft.

Spoerlé-Ebnat-Kappel (im Namen der SVP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Nachdem die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 13. Juni 2021 mit einem Ja-Stimmenanteil von rund 80 Prozent der Inkorporationsvereinigung über alle Gemeinden zugestimmt haben, wird jetzt dem offensichtlichen Volkswillen mit einer grossen Mehrheit Rechnung getragen. Bereits im Jahr 2017 haben sich die drei politischen Gemeinden Oberhelfenschwil, Neckertal und Hemberg mit den möglichen Reformen ihrer Strukturen befasst, und nachdem eine erste Vereinigung der Gemeinden Brunnadern, Mogelsberg und St.Peterzell zur neuen Gemeinde Neckertal aus dem Jahr 2009 zu einer wahren Erfolgsgeschichte wurde, erscheint der jetzige zweite Schritt nur logisch.

Die Gemeinden haben beim Amt für Gemeinden und Bürgerrecht ein Gesuch um Förderbeiträge an das Projekt gestellt. Mit dem Beschluss vom 15. Dezember 2020 hat die Regierung die Förderbeiträge von 11'703'600 Franken in Aussicht gestellt. Nachdem, wie bereits erwähnt, die Bürgerinnen und Bürger aller sechs Gemeinden der Inkorporationsvereinbarung zugestimmt haben, entsteht ab dem 1. Januar 2023 aus sechs eigenständigen Gemeinden eine neue Einheitsgemeinde mit rund 6'200 Einwohnerinnen und Einwohnern. Alle am Projekt beteiligten Gemeinden haben sehr viele Gemeinsamkeiten. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde Oberhelfenschwil, Neckertal und Hemberg sind bereits heute stark miteinander verbunden. Bereits in verschiedenen Bereichen bestehen Zusammenarbeitsvereinbarungen, und die jetzt beschlossene Fusion ist somit nur ein weiterer, logischer Schritt in dieser bewährten Zusammenarbeit und erschliesst somit auch neue Synergien.

Als Folge der Vereinigung entfallen zwei Gemeinderäte sowie zwei Schulräte. Die neue Gemeinde soll sieben Ratsmitglieder umfassen. Die bisherigen sechs Geschäftsprüfungskommissionen werden aufgehoben. Die Diskussion über die endgültige Ausgestaltung der Rechts- und Organisationsform der neuen Gemeinde Neckertal wird im Rahmen des Erlasses geführt. Auch das Amt für Raumplanung und Geoinformation unterstützt die Vereinigung aus raumplanerischer Sicht. Die Ausgangslage und das Potenzial einer koordinierten Siedlungs- und Verkehrsentwicklung werden dadurch verbessert.

Die Förderbeiträge sind aufgrund der Kriterien und Berechnungsrichtlinien für die Inanspruchnahme von Förderbeiträgen nach Gemeindevereinigungsgesetz (sGS 151.3; abgekürzt GVG) in Aussicht gestellt. Nach Art. 21 GVG kann der beteiligten Gemeinde ein Entschuldungsbeitrag ausgerichtet werden. Bei dieser Bemessung werden insbesondere die Steuerkraft und die Vermögenslage berücksichtigt. Auch soll die Zielerreichung nach Art. 17 GVG beurteilt und mitberücksichtigt werden. Zur Bemessung eines möglichen Entschuldungsbeitrags werden die Bilanzen der sechs beteiligten Gemeinden per 31. Dezember 2019 bereinigt. Die stillen Reserven des Finanzvermögens wurden bereits mit der Einführung des neuen Rechnungsmodells (nachfolgend RMSG) aufgelöst. Die Beiträge an den vereinigungsbedingten Mehraufwand beträgt höchstens 50 Prozent des anrechenbaren Mehraufwands. Für die Ermittlung des Betrags wird der notwendige und angemessene Aufwand angerechnet. Für die zur Finanzierung der Förderbeiträge notwendige Summe von 11'703'600 Franken kann gemäss Kantonsratsbeschluss über die Zuweisung von ausserordentlichen Erträgen an das besondere Eigenkapital durch einen Bezug aus dem besonderen Eigenkapital gedeckt werden.

Mit der Vereinigung entfallen drei politische Gemeinden und eine neue entsteht. Im Anhang 1 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2) ist demzufolge die Anzahl der politischen Gemeinden neu von 77 auf 75 zu ändern. Diese guten Voraussetzungen lassen durchaus den Schluss zu, dass die geplante Vereinigung der Gemeinden Oberhelfenschwil, Neckertal und Hemberg zur Gemeinde Neckertal eine gute Sache ist.

Fäh-Neckertal (im Namen der GRÜNE-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Ich lege meine Interessen offen als Einwohner von Neckertal.

Aus sechs Gemeinden wird eine Gemeinde. Das führt zu mehr Effizienz in den Verwaltungen und besseren Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Stellvertretungen

können viel besser abgedeckt werden. Die Leute, die diese Stellvertretungen machen, verstehen die Materie und müssen das nicht nebenbei zu ihrer eigentlichen Aufgabe machen. Die Gemeinden haben mit fast 80 Prozent dieser Fusion zugestimmt. Der Wille besteht ganz klar und deshalb bin ich auch der Meinung, dass der Kanton das unterstützen soll. Es wurde aufgezeigt, wie es zu diesen Förderbeiträgen kommt. Diese 11,7 Mio. Franken sind der Maximalbetrag. Ich gehe davon aus, dass es eher weniger sein wird als bei der letzten Fusion. Beim vereinigungsbedingten Mehraufwand wird man sicher darauf achten, dass nicht Dinge gemacht werden, die nicht nötig sind, weil die Gemeinde diese selber auch bezahlen muss.

Thurnherr-Wattwil (im Namen der SP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

In der Historie war selten eine Botschaft so klar und eindeutig, wie es jetzt von den Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien klar dargestellt wurde. Wenn man nach negativen Punkte sucht, dann ist vielleicht die Schulgrösse im oberen und unteren Neckertal sicher noch ein Thema. Dort könnte das Bildungsdepartement plötzlich eingreifen – das sehen wir einzig als kritisch. Wenn man die Bevölkerungsentwicklung betrachtet, bin ich gleicher Meinung wie Stadler-Lütisburg, dass hier etwas zu optimistisch gerechnet wird. Zusammengefasst ist es eine erfreuliche Sache mit den Synergien und dem Mehrwert, von denen wir schon mehrfach gehört haben.

Regierungsrätin Bucher: Ich danke allen Delegationen für die gute Aufnahme. Die Zustimmung wird vor allem die beteiligten Gemeinden freuen, aber auch wir von der Verwaltung nehmen erfreut zur Kenntnis, dass wir diesen Beitrag an die Vereinigung in der Botschaft offenbar gut erklären konnten. Ich danke Ihnen für die Zustimmung und freue mich auf die Spezialdiskussion.

4 Spezialdiskussion 38.21.01

4.1 Beratung Botschaft

Keine Wortmeldungen.

4.2 Beratung Beschluss

Keine Wortmeldungen.

Titel und Ingress

Kommissionspräsident: Titel und Ingress sind unbestritten.

4.3 Aufträge

Kommissionspräsident: Es werden keine Aufträge nach Art. 95 GeschKR gestellt.

4.4 Rückkommen

Kommissionspräsident: Ein Rückkommen wird nicht verlangt.

4.5 Gesamtabstimmung

Kommissionspräsident: Ich stelle fest, dass die Botschaft und der Entwurf der Regierung durchberaten sind. Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung. Wer dem Kantonsrat Eintreten auf den «Kantonsratsbeschlussüber die Förderbeiträge an die Vereinigung der Gemeinden Oberhelfenschwil, Neckertal und Hemberg zur Gemeinde Neckertal», beantragen möchte, der bezeuge dies mit Handerheben.

Die vorberatende Kommission beschliesst in der Gesamtabstimmung mit 15:0 Stimmen, dem Kantonsrat Eintreten auf die Vorlage zu beantragen.

5 Spezialdiskussion 22.21.12

5.1 Beratung Botschaft

Kommissionspräsident: Die Botschaft wurde bereits durchberaten. Wir behandeln den Erlassentwurf.

5.2 Beratung Entwurf

Keine Wortmeldungen.

Titel und Ingress

Kommissionspräsident: Titel und Ingress sind unbestritten.

5.3 Aufträge

Kommissionspräsident: Es werden keine Aufträge nach Art. 95 GeschKR gestellt.

5.4 Rückkommen

Kommissionspräsident: Ein Rückkommen wird nicht verlangt.

5.5 Gesamtabstimmung

Kommissionspräsident: Ich stelle fest, dass die Botschaft und der Entwurf der Regierung durchberaten sind. Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung. Wer dem Kantonsrat Eintreten auf den «III. Nachtrag zum Gemeindegesetz», beantragen möchte, der bezeuge dies mit Handerheben.

Die vorberatende Kommission beschliesst in der Gesamtabstimmung mit 15:0 Stimmen, dem Kantonsrat Eintreten auf die Vorlage zu beantragen.

6 Abschluss der Sitzung

6.1 Bestimmung der Berichterstatterin/des Berichterstatters

Der Kommissionspräsident stellt sich als Berichterstatter zur Verfügung. Die vorberatende Kommission beauftragt ihren Kommissionspräsidenten, dem Kantonsrat mündlich Bericht zu erstatten.

6.2 Medienorientierung

Die vorberatende Kommission beauftragt ihren Kommissionspräsidenten und die Geschäftsführerin, eine Medienmitteilung zu veröffentlichen und über das Ergebnis der Beratung zu informieren.

Der Kommissionspräsident weist nochmals auf das Kommissionsgeheimnis hin, das auch nach der Publikation der Medienmitteilung Geltung hat.

6.3 Verschiedenes

Kommissionspräsident: Ich bedanke mich für die aktive Mitarbeit und schliesse die Sitzung um 11.10 Uhr.

Der Kommissionspräsident:



Thomas Toldo
Mitglied des Kantonsrates

Die Geschäftsführerin:



Sandra Brühwiler-Stefanovic
Parlamentsdienste

Beilagen

mit der Einladung bereits zugestellt:

1. 38.21.01 «Kantonsratsbeschluss über die Förderbeiträge an die Vereinigung der Gemeinden Oberhelfenschwil, Neckertal und Hemberg zur Gemeinde Neckertal» (Botschaft und Entwurf der Regierung vom 17. August 2021) / 22.21.12 «III. Nachtrag zum Gemeindegesetz» (Botschaft und Entwurf der Regierung vom 17. August 2021); *bereits mit dem Kantonsratsversand*

Beilagen gemäss Protokoll:

2. Präsentation DI; *bereits an der Sitzung verteilt*
3. Präsentation Gemeindepräsidien; *bereits an der Sitzung verteilt*
4. Manuskript Regierungsrätin Bucher; *in der Sitzungsapp zur Verfügung gestellt*
5. Antragsformulare vom 5. November 2021
6. Medienmitteilung vom 15. November 2021 (Sperrfrist)

Geht (mit Beilagen) an

- Kommissionsmitglieder (15)
- Geschäftsführung der Kommission (1)
- Departement des Innern (wie Seite 1)

Geht (ohne Beilagen) an

- Fraktionspräsidenten/in (5)
- Leiter Parlamentsdienste